



FÜR DATENVERARBEITUNG
UND RATIONALISIERUNG
IN DER JUSTIZ

85. Sitzung am 13. und 14. 05. 2009 in Potsdam

Beschlüsse

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

Zu TOP 1 b)

Das Protokoll der 84. Sitzung der Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung wird mit der Maßgabe genehmigt, dass es auf Seite 26 zu TOP 6, 1. Absatz „1.9.2008“ statt „1.9.2009“ heißen muss.

Zu TOP 1 c)

Die Tagesordnung für die 85. Sitzung der Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz wird genehmigt.

Zu TOP 2: Entwicklung des bundesweiten Justizportals

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

1. Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe „Entwicklung eines bundesweiten Justizportals“ zur Kenntnis und bittet um Fortführung der darin geschilderten Aktivitäten.
2. Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz befürwortet das Vorhaben der Arbeitsgruppe „Entwicklung eines bundesweiten Justizportals“ zur Online-gerechten Gestaltung des Formularangebots. Sie sagt insbesondere ihre Unterstützung bei der dabei notwendigen Beteiligung weiterer Stellen im Hinblick auf bestehende Design- und Nutzungsvorgaben zu.
3. Die an der Justiz-Auktion beteiligten Länder werden ihre Kostenbeteiligung an der Betreuung der Internetversteigerungen durch Gerichtsvollzieher prüfen und sich hierzu bis zum 30.06.2009 gegenüber der Landesjustizverwaltung Nordrhein-Westfalen erklären.
4. Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz bittet die AG „Justizportal“, die allgemeinen Informationen zum Rechtsdienstleistungsregister und zu den Dolmetscher- und Übersetzerlisten bis zum 28.12.2009 dergestalt in das Justizportal aufzunehmen, dass darauf seitens der Homepages der zuständigen Stellen verlinkt werden kann.



FÜR DATENVERARBEITUNG
UND RATIONALISIERUNG
IN DER JUSTIZ

85. Sitzung am 13. und 14. 05. 2009 in Potsdam

Beschlüsse

-
5. Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz bittet die AG „Justizportal“, die Internetseite zur Terrorismusliste www.terrorismusliste.de in das Justizportal aufzunehmen.



FÜR DATENVERARBEITUNG
UND RATIONALISIERUNG
IN DER JUSTIZ

85. Sitzung am 13. und 14. 05. 2009 in Potsdam

Beschlüsse

Zu TOP 7: AG „Nutzung juristischer Informationssysteme“

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

1. Die BLK nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe zur Kenntnis.
2. Die BLK bittet die Arbeitsgruppe, im Zusammenwirken mit dem BMJ das weitere Vorgehen in Bezug auf das Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Kommission gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen der „Vergabe von öffentlichen Dienstleistungsaufträgen im Zusammenhang mit juristischen Datenbanken ohne europaweite Ausschreibung“ abzustimmen sowie ggf. eine einheitliche Stellungnahme zu erarbeiten.

Zu TOP 8: AG „Zukunft“ und Einigungsentwurf der Föderalismuskommission II

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

1. Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz nimmt das Papier der Arbeitsgruppe „Zukunft“ zur Kenntnis.
2. Die Bund-Länder-Kommission bittet die Arbeitsgruppe „Zukunft“,
 - a) entsprechend dem Beschluss der Justizministerinnen und Justizminister zu Artikel 91c GG-E die notwendigen Aktivitäten zu ergreifen und
 - b) begleitende Maßnahmen einzuleiten, um die öffentliche und rechtswissenschaftliche Diskussion über das Papier der AG Zukunft anzustoßen.
3. Vorbemerkung:

Bürgerportale/De-Mail und **Elektronischer Personalausweis** sind Projekte im Rahmen des Programms E-Government 2.0 der Bundesregierung.

Bürgerportale sollen einen Kommunikationsraum im Internet bereitstellen, in dem die Nutzer mit Hilfe von **De-Mail** Nachrichten und Dokumente einfach, sicher, vertraulich und verbindlich versenden und empfangen können. De-Mail soll dabei insbesondere auch der sicheren Kommunikation zwischen Bürgerinnen/Bürgern und Behörden dienen sowie einen einfachen Dienst zum Nachweis von Identitätsmerkmalen im Internet vorsehen.

Der Kommunikation zwischen Bürger und Behörden dient bereits das Elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach (**EGVP**), das die unter Federführung des Bun-

Beschlüsse

desministeriums des Innern entwickelte BundOnline-Basiskomponente Datensicherheit (= virtuelle Poststelle) nutzt.

Zur Herstellung der Zukunftsfähigkeit des Registrierungsdienstes als zentraler Komponente der Kommunikation im EGVP hat die BLK das Deutschland-Online-Projekt **S.A.F.E.** (Secure Access to Federated E-Justice/E-Government) für eine einheitliche Kommunikationsinfrastruktur für den elektronischen Rechtsverkehr initiiert. Die Adaption der S.A.F.E.-Konzeption für das Umfeld der EU ist im Rahmen des Projekts **D.I.M.** (Distributed Identity Management) geplant.

Der **Elektronische Personalausweis** soll mit Hilfe der in ihm elektronisch gespeicherten Daten ermöglichen, sich im Internet elektronisch auszuweisen – sowohl im Bereich des E-Government gegenüber Behörden als auch gegenüber privatwirtschaftlichen Dienstleistungsanbietern. Ferner soll der Ausweisinhaber auf Wunsch die qualifizierte elektronische Signatur für E-Government- und E-Business-Anwendungen auf den Ausweis laden können.

Nach Auffassung der BLK bedürfen die genannten Dienste und Projekte der näheren Analyse und Bewertung hinsichtlich ihres künftigen Zusammenwirkens.

Vor diesem Hintergrund fasst die BLK folgenden Beschluss:

Die BLK beauftragt ihre Arbeitsgruppe „IT-Standards in der Justiz“, die Projekte De-Mail, Bürgerportale und elektronischer Personalausweis daraufhin zu untersuchen, wie diese Instrumente mit den auf Seiten der Justiz bereits vorhandenen Projekten (insbesondere dem EGVP) und dem von der BLK in Auftrag gegebenen S.A.F.E.-Konzept zusammenwirken können:

- Für welche Zwecke wird zukünftig eher DE-Mail zu nutzen sein, für welche das EGVP?



FÜR DATENVERARBEITUNG
UND RATIONALISIERUNG
IN DER JUSTIZ

85. Sitzung am 13. und 14. 05. 2009 in Potsdam

Beschlüsse

- In welchen Zusammenhängen, für welche Kommunikationsprozesse des elektronischen Rechtsverkehrs und wie sollte der elektronische Personalausweis zum Einsatz kommen?
- Welche bisherigen Instrumente können durch die neuen Dienste bei einzelnen Verfahren ihre praktische Relevanz verlieren?
- In welchem Verhältnis stehen De-Mail und das S.A.F.E./D.I.M-Projekt zueinander?



FÜR DATENVERARBEITUNG
UND RATIONALISIERUNG
IN DER JUSTIZ

85. Sitzung am 13. und 14. 05. 2009 in Potsdam

Beschlüsse

Zu TOP 10: Bericht der Arbeitsgruppe „Maschinell geführtes Grundbuch“

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe „Maschinell geführtes Grundbuch“ zur Kenntnis und bittet um Fortführung der aufgezeigten Aktivitäten nach Maßgabe des Ergebnisses der AG „Redesign Grundbuch“ der Amtschefs.

Zu TOP 12: AG „IT-Standards in der Justiz“

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

1. Die BLK nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe „IT-Standards in der Justiz“ zustimmend zur Kenntnis.
2. Die BLK beauftragt die Arbeitsgruppe „IT-Standards in der Justiz“, das Deutschland-online - Projekt S.A.F.E. auch nach den im Rahmen der Föderalismuskommission II geplanten organisatorischen Änderungen innerhalb der evt. geänderten Strukturen zu verankern und voran zu treiben.
3. Die BLK beauftragt die Arbeitsgruppe „IT-Standards in der Justiz“, den Zuschlag für die justizspezifische Realisierung von S.A.F.E. an die Fa. XXXXXXXXXXXX zu erteilen und die Realisierung zu überwachen.
Die Kosten i. H. von XXXXXXXXXXXX werden vom Bund zu 10% getragen. Die restlichen Kosten werden nach dem Königsteiner Schlüssel 2009 durch die Landesjustizverwaltungen übernommen.
4. Die BLK bittet das BMJ, beim Bundesamt für Justiz auf eine elektronische zeitnahe Bereitstellung der Werteliste hinzuwirken und der AG-IT einen Ansprechpartner beim BfJ für die Übernahme der Daten zu benennen.
5. Die BLK stimmt der Aufnahme des XJustiz-Transportprofil v 1.3 in die Anlage der OT-Leit ERV zu.
6. Die BLK stimmt der Anpassung der Anlage 1 der OT-Leit zu.

Zu TOP 13: AG „Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung“

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe "Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung" zustimmend zur Kenntnis und beschließt:

1. Die Schuldnerauskunft über das Internet wird im Rahmen eines zentral geführten Bundesportals realisiert. Dies beinhaltet die zentrale Nutzerregistrierung, den zentralen Abdruckversand mit der Möglichkeit der zentralen Kosteneinzahlung, die Einräumung lesender Zugriffe berechtigter Stellen (Vollstreckungsbehörden und Gerichtsvollzieher), die Integration der Vermögensverzeichnisse sowie die Jedermann-Auskunft einschließlich E-Paymentfunktionalität.
2. Die Arbeitsgruppe „Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung“ (künftig: AG „Vollstreckungsportal“) begleitet die Umsetzung der einzelnen Ausbaustufen des Bundesportals bis zum flächendeckenden Betrieb und unterstützt den Anschluss der Länder in organisatorischer und technischer Hinsicht auf Basis eines von ihr noch zu erstellenden Fachfeinkonzeptes. Die Landesjustizverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen wird gebeten, die Federführung der Arbeitsgruppe beizubehalten.



FÜR DATENVERARBEITUNG
UND RATIONALISIERUNG
IN DER JUSTIZ

85. Sitzung am 13. und 14. 05. 2009 in Potsdam

Beschlüsse

zu TOP 14: AG Maschinell geführte Register

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe „Maschinell geführte Register“ zustimmend zur Kenntnis und bittet um Fortführung der dargestellten Aktivitäten.



FÜR DATENVERARBEITUNG
UND RATIONALISIERUNG
IN DER JUSTIZ

85. Sitzung am 13. und 14. 05. 2009 in Potsdam

Beschlüsse

Zu TOP 15: Bericht der Arbeitsgruppe „Elektronischer Rechtsverkehr“

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe „Elektronischer Rechtsverkehr“ zur Kenntnis.



FÜR DATENVERARBEITUNG
UND RATIONALISIERUNG
IN DER JUSTIZ

85. Sitzung am 13. und 14. 05. 2009 in Potsdam

Beschlüsse

Zu TOP 16: Sachstandsberichte der Arbeitsgruppen:

a) „EDV-Gerichtstag“

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe „EDV-Gerichtstag“ zur Kenntnis.

b) „Zentrales Staatsanwaltschaftliches Verfahrensregister (ZStV)“

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe „Zentrales Staatsanwaltschaftliches Verfahrensregister (ZStV)“ zur Kenntnis.

c) „Einsichtnahme in die Datenbestände der notariellen Vorsorgevollmachten“

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe „Einsichtnahme in die Datenbestände der notariellen Vorsorgevollmachten“ zur Kenntnis.



FÜR DATENVERARBEITUNG
UND RATIONALISIERUNG
IN DER JUSTIZ

85. Sitzung am 13. und 14. 05. 2009 in Potsdam

Beschlüsse

Die **Herbstsitzung 2009** der BLK wird
am **11. und 12. November 2009 in Mecklenburg-Vorpommern** stattfinden.

Die **Frühjahrsitzung 2010** der BLK wird
am **5. und 6. Mai 2010 in Sachsen-Anhalt** stattfinden.